

Zivis helfen Lehrern künftig aus

Ausweitung Nach dem Ständerat entscheidet sich auch der Nationalrat knapp für Zivildienst-Einsätze an Schulen

Aargauer Zeitung, 16.5.2015

VON RETO WATTENHOFER

Das neue Zivildienstgesetz ist unter Dach und Fach. Der Nationalrat hat gestern die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt: Zivildienstleistende dürfen in Zukunft auch an Schulen eingesetzt werden. Damit soll der künftige Bedarf an Plätzen des zivilen Militärsersatzdienstes gedeckt werden. Seit der abgeschafften Gewissensprüfung entscheiden sich nämlich immer mehr junge Männer für den Zivildienst. Entsprechend werden die Plätze knapp. 2013 gab es 13 400 Plätze. Bis 2018 rechnet der Bund mit einem Bedarf von 17 000.

«Wir brauchen in der Volksschule keine Hilfslehrer.»

Hans Fehr Nationalrat SVP/ZH

Der absehbare Mangel veranlasste den Bundesrat, die heutigen Tätigkeitsbereiche für den Zivildienst zu erweitern. Umstritten war im Parlament insbesondere der Einsatz an Schulen. Die Bürgerlichen monierten, das sei kein Rezept gegen den Lehrermangel. «Die Verantwortung der Lehrkräfte kann durch niemanden relativiert werden», mahnte etwa Hans Fehr. «Wir brauchen in der Volksschule keine Hilfslehrer.»

An neue Agrarpolitik angepasst

Die Mehrheit seiner Kollegen konnte der Zürcher SVP-Nationalrat mit diesem Argument jedoch nicht überzeugen. Mit 97 zu 87 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) sprach sich die grosse Kammer schliesslich äusserst knapp für Zivis an Schulen aus. Sie dürfen aber die Verantwortung für den Unterricht nicht übernehmen. Es bleibt zudem den Kantonen und Gemeinden überlassen, ob sie Zivildienstleistende überhaupt an Schulen einsetzen wollen.

Generell neu geregelt werden auch Landwirtschaftseinsätze. Heute dürfen nur unterstützungsbedürftige Betriebe Zivis einsetzen. Dieses Kriterium soll durch jene Kriterien ersetzt werden, die gemäss der neuen Agrarpolitik zu Direktzahlungen berechtigen.

Somit kommen Zivildienstleistende bei ihrem 1,5-mal so langen Einsatz wie im Militär künftig in Projekten und Programmen zum Einsatz, für welche



Aus dem Versuch wird Ernst: Zivildienstleistende dürfen Lehrkräften künftig zur Hand gehen.

ALESSANDRO DELLA BELLA/KEY

der Betrieb Biodiversitäts-, Kulturlandschafts- oder Landschaftsqualitätsbeiträge erhält. Auch Betriebe mit Investitionshilfen für Strukturverbesserungen können auf solche Hilfe zurückgreifen.

Mit der Gesetzesänderung sollen aber nicht nur die Einsatzmöglichkeiten erweitert und so mehr Plätze geschaffen werden. Ein weiteres Ziel ist es, die Zivis für ihre Einsätze besser auszubilden. Damit kam der Bundesrat einer Forderung aus dem Parlament nach.

Gesuch erst nach Rekrutierung

Kursbesuche sollen künftig für alle Arten von Einsätzen obligatorisch sein. Bisher galt dies nur für Zivis, welche Menschen pflegen. Mit einer besseren Ausbildung könne der Nutzen der Zivil-

diensteinsätze gesteigert werden, argumentiert der Bundesrat. Neu soll das Gesuch für den Zivildienst ausserdem erst nach der Rekrutierung eingereicht werden dürfen, und Gestuchsteller sollen bereits vor der Zulassung eine eintägige Einführung besuchen müssen. Damit sollen potenziellen Zivis die Konsequenzen eines Wechsels vom Militärs zum Zivildienst besser bewusst werden.

Zu den weiteren Neuerungen gehört, dass keine Spesen für die Unterkunft mehr erhält, wer während des Einsatzes zu Hause übernachtet. Diese Korrektur entlaste einen grossen Teil der Einsatzbetriebe, und für Zivis werde die finanzielle Attraktivität des Zivildienstes weiter reduziert. Allerdings wird im Gegenzug der Grundtarif leicht erhöht.

Der zuständige FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann - ein anfänglicher Skeptiker des Zivildienstes, wie er erklärte - zeigte sich bekehrt: «Mit dem Zivildienst, wie er heute eingerichtet ist, sind wir hinsichtlich Pflichterfüllung bestmöglich auf dem Weg.»

Winterthur stockt sofort auf

Gleich nach dem Entscheid des Nationalrates setzte die Stadt Winterthur bereits ohne offizielle Genehmigung aus Bern «Zivis» an allen Schulen ein. Nach «durchwegs positiven» Erfahrungen bei einem Pilot mit 9 jungen Männern in einem Schulkreis würden voraussichtlich noch dieses Jahr total 22 Zivildienstleistende den Lehrkräften zur Seite gestellt, teilte die Stadt mit. (SDA/SAT)

KOMMENTAR

Die Angst überwunden

Sie begleitet jede parlamentarische Debatte zum Zivildienst: Die Angst, dass der Ersatzdienst gegenüber dem klassischen Militärdienst zu attraktiv gemacht wird. Die Angst, dass der Armee deswegen reihenweise junge Männer davonlaufen. Die Angst also, dass die Zivis letztlich eine allfällige Verteidigung unseres Landes hintertreiben.

Gut, hat sich eine Mehrheit des Nationalrats gestern nicht von dieser Angst leiten lassen und beschlossen, dass der Zivildienst um einen Tätigkeitsbereich erweitert wird. Zivis können künftig auch in Schulen eingesetzt werden, so wie es der Lehrerverband und die kantonalen Erziehungsdirektoren fordern. Die



von Antonio Fumagalli

Angst ist nämlich nicht nur ein schlechter Ratgeber, sie ist auch unbegründet. Der Bundesrat hat unlängst festgestellt, dass der Zivildienst die Armeebestände nicht gefährdet. Und vergessen wir nicht: Es ist das Parlament, das in den letzten Jahren eine stetige Reduktion der Anzahl Armeeangehörigen beschlossen hat - notabene bei einer wachsenden Bevölkerung.

Die Rechnung ist einfach: Wenn es weniger Soldaten braucht und gleichzeitig keine neuen Betätigungsfelder für Zivis geschaffen werden, steigt der Anteil derjenigen jungen Leute, die sich jeglicher Form von Dienst ganz entsagen. In vielen Fällen ist das nämlich ein Kinderspiel. Bereits heute ist die Quote der «Drückberger» in zahlreichen Kantonen erschreckend hoch. Das kann nicht im Sinn einer Gesellschaft sein, die - wie mehrfach in Volksabstimmungen bestätigt - den Milizgedanken weiterhin hochhält.

@ antonio.fumagalli@azmedien.ch